

**Niederschrift über die  
Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Demographie  
(11. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg  
am 14.10.2022 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier.**

Beginn: **17:00** Uhr

Ende: **19:10** Uhr

**Anwesenheit**

Vorsitz

Herr Kreisbeigeordneter Lutwin Ollinger

Mitglieder

Herr Willi Arnoldy

Herr Wolfgang Benter

Herr Olaf Bollig

Herr Boris Bulitta

Herr Karl-Heinrich Ewald

Frau Stephanie Freytag

Vertretung für Herrn Uwe Roßmann

Herr Dieter Klever

Herr Michael Rohles

Vertretung für Herrn Dr. Detlef Müller-Greis

Herr Ronald Schmitt

Herr Joachim Trösch

Herr Alfred Wirtz

Vertretung für Herrn Prof. Dr. Waldemar Vogelgesang

mit beratender Stimme

Frau Kreisbeigeordnete Kathrin Schlöder

Verwaltung

Frau Julia Bieck

Herr Hubert Rommelfanger

Herr Norbert Rösler

Leiter der Abt. 11

Frau Cornelia Strupp

Schriftführer

Herr Hermann Becker

Gäste

Herr Axel Brechenser

Planungsbüro Stadt-Land-plus

Herr David Dimmig

Leiter des Education Hub

Tim Lieser

Mitarbeiter der WFG

Herr Reinhard Müller

Geschäftsführer der WFG

**nicht anwesend:**

### Mitglieder

Herr Dr. Detlef Müller-Greis  
Herr Uwe Roßmann  
Herr Prof. Dr. Waldemar Vogelgesang

### mit beratender Stimme

Herr Erster Kreisbeigeordneter Alfons      entschuldigt  
Peter Rodens

### Verwaltung

Frau Anne Hennen      entschuldigt

## **Zur Geschäftsordnung**

**Kreisbeigeordneter Ollinger** eröffnete als Vorsitzender die Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Demografie und begrüßte die Anwesenden, vor allem Herrn Brechenser, Planungsbüro Stadt-Land-plus, Boppard-Buchholz (zu TOP 1) sowie die Herren Müller und Lieser, WFG (zu TOP 4 a und b) wie auch Herrn Dimmig, Education Hub BNT (zu TOP 4 b).

Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben sei.

Gleichzeitig entschuldigte er sich für die etwas verspätete Einstellung einiger Vorlagen in das Ratsinformationssystem, die auf Erkrankungen des zuständigen Personals bei der Verwaltung und beim Planungsbüro Stadt-Land-plus zurückzuführen sei.

**Ausschussmitglied Bulitta** wies auf Fehler im Zusammenhang mit dem Ratsinformationssystem hin.

Auf Bitte des Vorsitzenden wird die Verwaltung den Fehlerhinweis an die EDV-Stelle der Kreisverwaltung weitergeben.

Änderungen zur Tagesordnung wurden nicht vorgebracht, so dass die folgende Tagesordnung feststand:

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1. Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Radverkehrskonzeptes für den Landkreis  
Vorlage: 0382/2022**
- 2. Integriertes Klimaschutzkonzept für den Landkreis Trier-Saarburg  
Vorlage: 0336/2022**
- 3. Studie "Mobilität in Deutschland 2023"/Befragung ausgewählter Haushalte im Landkreis Trier-Saarburg  
Vorlage: 0337/2022**
- 4. Wirtschaftsförderung; a) Bestands- und Potenzialanalyse über Gewerbe-**

**und Industrieflächen im Landkreis b) Sachstandsmitteilung zu den Projekten "Coworking Spaces" und "EduHub BNT"**  
**Vorlage: 0384/2022**

5. **Kreishaushalt 2023; Bereiche Kreisentwicklung, Denkmalpflege und Wirtschaft**  
**Vorlage: 0340/2022**
6. **Mitteilungen und Verschiedenes**  
**Vorlage: 0338/2022**

## **Öffentlicher Teil**

1. **Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Radverkehrskonzeptes für den Landkreis**  
**Vorlage: 0382/2022**

**Der Vorsitzende** verwies auf die Verwaltungsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt und erklärte, dass für 16 prioritäre Maßnahmen Maßnahmensteckbriefe erarbeitet worden seien. Eine dieser Maßnahmen sei die Moselbrücke in Schweich, bei der aus Sicht des Landkreises in Übereinstimmung mit der Verbandsgemeinde Schweich und den betroffenen Gemeinden im Rahmen des Neubaus auf beiden Brückenseiten ein Rad- und Gehweg errichtet werden sollte. Des Weiteren werde aus Sicht des Landkreises eine Radwegeverbindung aus dem Ruwertal (Mertesdorf, Kasel, Waldrach) zum Höhenstadtteil Trier-Tarforst (Universität Trier) für notwendig und sinnvoll angesehen. Eine entsprechende Wegeführung vorbei am Haus Timpert sei in das Zielnetz des Radverkehrskonzeptes aufgenommen worden.

**Herr Brechenser** informierte anhand einer Power-Point-Präsentation über den aktuellen Stand des Radverkehrskonzeptes für den Kreis und ging dabei auf die bisher erfolgten Abstimmungen, Auswertungen und Analysen sowie die Online-Befragung der Öffentlichkeit und die Analyse von Unfällen mit Radfahrerbeteiligung einschl. der Erarbeitung von Lösungsmöglichkeiten ausführlich ein. Des Weiteren erläuterte er die Zielspinne und das entwickelte Zielnetz, auf dessen Basis eine Befahrung mit dem Fahrrad durch die Planer stattgefunden habe. Die Karten werde man zur besseren Orientierung mit verschiedenen Ortsnamen ergänzen. Eingehend auf den Umsetzungszeitplan und das Sonderprogramm Stadt und Land zur Förderung des Radverkehrs, das bis 2028 verlängert werden soll, führte er aus, dass in enger Abstimmung mit der Kreisverwaltung der Bedarf an Radabstellanlagen ermittelt und ein Erläuterungsbericht mit Kostenschätzung erstellt worden sei. Auf dieser Grundlage soll vom Kreis ein Antrag auf Förderung für flächendeckende Fahrradabstellanlagen an das Sonderprogramm Stadt und Land noch im Oktober 2022 gestellt werden. Aus der Analyse der Befahrungsergebnisse hätten sich Handlungsbedarfe an bestehenden und neuen Radverkehrsstrecken ergeben. Um die Handlungsbedarfe priorisieren zu können, sei eine Bewertung der relevanten

Kriterien durchgeführt worden. Bei der Bewertung und Gewichtung der anzuhaltenden Kriterien (z.B. Netzfunktion, Schulverbindung/Sicherheit, Beteiligungsergebnis, Art der Maßnahme) hätten sich unterschiedliche Prioritäten der einzelnen Strecken ergeben. Für die Priorisierung hätten aber auch andere Kriterien, wie z.B. Genehmigungsbedarf, Zeithorizont und Kosten eine wichtige Rolle gespielt.

16 Maßnahmen seien in Steckbriefen detaillierter beleuchtet und mit den Verbandsgemeinden und dem LBM abgestimmt worden. Sie deckten sich teilweise mit den sehr hoch priorisierten Strecken.

Nachfolgend stellte Herr Brechenser die Empfehlungen für die Umsetzung der Maßnahmen in den einzelnen Verbandsgemeinden eingehend vor.

Die Präsentation des Planungsbüros liegt der Niederschrift aus Anlage bei.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion erläuterte **Herr Brechenser** auf eine entsprechende Frage des Vorsitzenden, dass die für das Konzept gewählte Überschrift „Vision 2040“ kein Versehen sei und deshalb gemacht worden sei, um keine allzu großen Erwartungen an das Konzept zu wecken. Mit Blick auf die politische Diskussion, Finanzierungs- und Förderfragen und teilweise zu erwartende langwierige Genehmigungsverfahren werde es sicherlich bis 2040 dauern bis die vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt seien. Er sei aber zuversichtlich, dass ein Großteil der Vorhaben aber auch schon vorher in die Umsetzung komme.

Auf die Frage von **Ausschussmitglied Bulitta**, der das Thema der Abstellanlagen für E-Bikes ansprach, informierte Herr Brechenser über den geplanten Inhalt des Förderantrages für die Radabstellanlagen und erklärte dabei, dass zunächst keine Radboxen oder Sammelschließanlagen geplant seien für eine Antragstellung, da hierfür ein Zugangssystem erforderlich wäre, das mit erheblichen Investitionskosten und laufenden Kosten verbunden wäre. Außerdem seien mit Blick auf die Notwendigkeit und das Kosten-/Nutzenverhältnis insbesondere im Alltagsradverkehr in einem ersten Schritt keine Schließfächer mit integrierter Ladefunktion eingeplant. Es seien Systemüberdachungen für Räder vorgesehen, die die Möglichkeit einer späteren Einhausung böten.

**Der Vorsitzende** erklärte, dass man die Frage der Abstellanlagen für E-Bikes mit Ladestationen weiter im Auge behalten werde und sprach als gutes Beispiel Radboxen mit Ladestation an, die er in Frankreich gesehen habe.

**Ausschussmitglied Klever** wies auf abschließbare Radboxen am Bahnhof in Konz hin, die ebenfalls ein gelungenes Beispiel seien.

Anschließend wurde auf Vorschlag des **Vorsitzenden** der folgende Beschluss einstimmig gefasst:

#### **BESCHLUSSVORSCHLAG:**

Der Ausschuss für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Demografie erklärt sich mit dem Entwurf des Radverkehrskonzeptes einschließlich der in der Sachdarstellung gemachten Ergänzungen einverstanden und empfiehlt dem Kreisausschuss bzw. Kreistag dem Konzept zuzustimmen.

Der Ausschuss für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Demografie empfiehlt dem Kreisausschuss zur Ausfinanzierung der Kosten für die Erstellung des Radverkehrskonzeptes eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von bis zu 20.000 Euro zu bewilligen. Die Deckung der überplanmäßigen Ausgaben erfolgt durch Einsparungen im Rahmen des Teilhaushalts 4 und soweit erforderlich durch Einsparungen im Rahmen des Gesamthaushaltes.

2. **Integriertes Klimaschutzkonzept für den Landkreis Trier-Saarburg**  
**Vorlage: 0336/2022**

**Protokoll:**

Im Auftrag des Vorsitzenden berichtete **Frau Bieck** anhand der Sitzungsvorlage über den Stand des integrierten Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis und machte deutlich, dass sich aufgrund der Vielzahl der bei dem Fördergeber eingegangenen Anträge die Bearbeitung um mehrere Monate verzögerte und die Ausschreibung der beiden Personalstellen erst im Juni 2022 habe erfolgen können. Inzwischen seien 2 Bewerberinnen ausgewählt worden, die ihre Stellen voraussichtlich zum 01.01.2023 antreten könnten. Der Bewilligungszeitraum laufe voraussichtlich vom 01.01.2023 bis 31.12.2025.

Ohne weitere Aussprache wurde die Information vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

3. **Studie "Mobilität in Deutschland 2023"/Befragung ausgewählter Haushalte im Landkreis Trier-Saarburg**  
**Vorlage: 0337/2022**

**Protokoll:**

Auf Bitte des Vorsitzenden informierte **Frau Bieck** kurz über die vorgesehene bundesweite Haushaltsbefragung zum Thema „Mobilität in Deutschland“, mit der das Büro Infas beauftragt worden sei. Die Befragungen seien für das Jahr 2023 geplant und dabei seien neben den 4 im Kreis befindlichen Städten auch insgesamt 24 Ortsgemeinden für die Stichprobenauswahl per Zufallsprinzip ausgewählt worden.

Aus der Befragung soll eine Datengrundlage zum Themenkomplex Mobilität gewonnen werden, die es der Kreisentwicklung ermöglichen soll, Thematiken wie z.B. die Nahversorgung aktualisiert zu betrachten. Außerdem könnten künftig auch teilsräumliche Entwicklungsmöglichkeiten für den Kreis abgeleitet und Gemeinden/Verbandsgemeinden bei ihren strategischen Überlegungen im Bereich der kommunalen Entwicklung unterstützt

werden.

Der **Vorsitzende** erklärte, dass man sich aus der Befragung auch Daten für den Klimaschutz erwarte.

4. **Wirtschaftsförderung; a) Bestands- und Potenzialanalyse über Gewerbe- und Industrieflächen im Landkreis b) Sachstandsmitteilung zu den Projekten "Coworking Spaces" und "EduHub BNT"**  
**Vorlage: 0384/2022**

**Protokoll:**

Der **Vorsitzende** verwies auf die Sitzungsvorlage zu diesem TOP, in der die Grundzüge der Bestands-, Potenzial- und Bedarfsanalyse über Gewerbe- und Industrieflächen im Landkreis dargestellt seien. Ferner sei unter diesem TOP eine Sachstandsmitteilung zu den Projekten „Coworking Spaces“ und „EduHub BNT“ vorgesehen.

**Herr Lieser** stellte anhand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift beiliegt, die Eckpunkte der Bestand-, Potenzial- und Bedarfsanalyse über die Gewerbe- und Industrieflächen im Landkreis ausführlich vor. Dabei hob er hervor, dass die noch frei verfügbaren Ansiedlungsflächen insbesondere flächenmäßig nicht mehr der aktuellen Nachfragesituation gerecht werden könnten. Die Kommunen verfügten derzeit nur noch über ein freies tatsächlich verfügbares Potenzial an Gewerbe- und Industrieflächen von 5,3 ha. Stelle man diese 5,3 ha in den Vergleich der insgesamt entwickelten Gewerbeflächen im Landkreis von 539,5 ha zeige sich, dass heute lediglich noch ca. 1 % der entwickelten Gewerbe- und Industrieflächen zur Verfügung stünden. Dies stelle eine akute Mangellage dar. Betrachte man die verfügbare Restfläche unter wissenschaftlichen Aspekten, so etwa eine Aussage der Cima in Köln, sei festzuhalten, dass bei weniger als 10 % verfügbarer Reserven ein objektiver Flächenengpass in der Kommune bestehe. Der verbleibende Bestand an freien Ansiedlungsflächen könne zurzeit nicht mehr der aktuellen Nachfragesituation sowie dem mittels GIFPRO errechneten Gewerbeflächenbedarf gerecht werden, wobei Herr Lieser auf die verschiedenen GIFPRO-Modellvarianten und Ergebnisse näher einging. Die Mangelsituation in der Flächenverfügbarkeit führe auch dazu, dass die wesentlichen Voraussetzungen dafür fehlten, außerhalb der Region ansässige Unternehmen im Landkreis ansiedeln zu können.

**Herr Müller** ging auf die Entwicklung von Gewerbeflächen in der jüngsten Vergangenheit ein und machte deutlich, dass das Angebot an Gewerbeflächen und die Nachfrage nach freier Fläche im Landkreis immer deutlicher auseinandergehen würden. Eine Ausweitung von Gewerbeflächen an den bestehenden Standorten stelle sich teilweise aufgrund der örtlichen Gegebenheiten als schwierig dar. Dies erläuterte er am Beispiel der Gewerbegebiete Trierweiler und Grafenwald in Hermeskeil. Zudem machte er deutlich, dass der Industriepark Region Trier derzeit rd. 40 ha an weiterer In-

dustriebaufläche entwickle, die schon komplett vermarktet sei. Der Trend im Landkreis gehe tendenziell dahin, dass eine Vielzahl an Gewerbeflächenanfragen nicht mehr bedient werden könnten. Als Fazit könne daher festgehalten werden, dass deutlich zu wenige Gewerbeflächen vorhanden seien, um ansässigen Unternehmen und Projektentwicklern langfristig eine Perspektive aufzeigen zu können. Dadurch könnten Wachstumspotenziale in Bezug auf die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze nicht in vollem Umfang genutzt werden. Außerdem müsse man bedenken, dass für die Entwicklung von neuen Gewerbeflächen lange Vorläufe aufgrund der rechtlichen Vorgaben einzuplanen seien, weshalb man frühzeitig auf die Situation aufmerksam machen und in die Diskussion eintreten wolle.

Im Rahmen der anschließenden Aussprache bedankte sich der **Vorsitzende** für die Vorstellung der Bestands-, Potenzial- und Bedarfsanalyse, mit der von der WFG aussagekräftige Daten für die anstehenden Entscheidungsprozesse zur Verfügung gestellt worden seien.

Auf die Frage von **Ausschussmitglied Bollig** erläuterte Herr Müller den aktuellen Stand des geplanten Gewerbegebietes „Mehringer Höhe“, das sich derzeit im Raumordnungsverfahren befinde.

Auf eine entsprechende Anfrage von **Ausschussmitglied Bulitta**, der die Entwicklungsmöglichkeiten der geplanten Gewerbegebiete „Mehringer Höhe“, Hermeskeil und Reinsfeld sowie des bestehenden Gewerbegebietes in Kenn ansprach und teilweise die Entfernungsangaben über den unmittelbaren Anschluss zur Autobahn in der Analyse der WFG in Frage stellte, erläuterte Herr Müller den aktuellen Stand in den bestehenden und geplanten Gewerbegebieten und machte deutlich, dass die Realisierungschancen für das Gewerbe- und Industriegebiet „Mehringer Höhe“ erst nach Abschluss des Raumordnungsverfahrens weitergehend beurteilt werden könnten. Für das Gewerbegebiet „GIP Hochwald“ in Reinsfeld gebe es zurzeit noch keine gesicherte zeitliche Umsetzungsperspektive. Auch ging Herr Müller allgemein auf bestehende Hemmnisse, z.B. finanzielle Fragen, historische Funde oder fehlendes Planungsrecht beispielsweise in Kenn ein, wo für ein Großteil der Flächen kein Bebauungsplan vorhanden sei. Um dem entgegen zu wirken, verfolge die Wirtschaftsförderung im Landkreis Trier-Saarburg GmbH das Ziel, die Kommunen bei anstehenden Projekten (Neuausweisung, Anpassung, Revitalisierung) zu unterstützen.

Auf eine weitere Anmerkung von **Ausschussmitglied Trösch** erklärte Herr Müller, die Entfernungsangaben zur Autobahn bezögen sich auf die Wege-Kilometer, man werde diese aber nochmals überprüfen.

Bezüglich einer entsprechenden Frage des **Vorsitzenden** führte Herr Müller aus, dass man zum Thema Gewerbeflächenausweisung in einem ständigen Dialog mit den Verbandsgemeinden stehe und dass man bei der Analyse auch auf Daten der VG zurückgegriffen habe.

**Ausschussmitglied Benter** regte an, zunächst die bestehenden Gewer-

begebiete auf Erweiterungsmöglichkeiten zu prüfen, bevor im großen Stil neue ausgewiesen würden. In der Vergangenheit seien auch vielfach neue Baugebiete ausgewiesen worden, andererseits sei aber in vielen Ortskernen ein Leerstand festzustellen. Eine weitere Versiegelung von Flächen sollte man genau prüfen.

**Ausschussmitglied Arnoldy** fragte an, welche Chancen für die geplante Ausweisung von Gewerbeflächen in der Ortsgemeinde Newel gesehen werden.

**Herr Müller** sah für das geplante Gewerbegebiet in Newel durchaus Entwicklungschancen, insbesondere wegen der Nähe zu Luxemburg und der hieraus zu erwartenden Nachfrage. Aber auch in diesem Gebiet seien kulturhistorisch bedeutsame Fundstätten nicht auszuschließen, die die Entwicklung verzögern könnten.

**Kreisbeigeordnete Schlöder** hielt die Analyse der WFG für eine gute Datengrundlage und sprach sich dafür aus, in Zusammenarbeit mit der Universität Möglichkeiten einer ressourcenschonenden wirtschaftlichen Entwicklung zu prüfen, die mehr Wertschöpfung generiere als ein weiterer Ausbau des produzierenden Gewerbes.

**Herr Müller** erklärte, dass man mit der Bestand- und Potenzialanalyse eine Daten- und Diskussionsgrundlage schaffen wollte, auf deren Basis eine politische Bewertung vorgenommen werden könne. Letztlich müsse die Politik darüber entscheiden, wie man hiermit umgehen sollte. Herr Müller sprach sich dafür aus, auch künftig gute Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen zu erhalten bzw. zu schaffen. Hingegen sollte der hohe Flächenbedarf für die Logistikbranche durchaus kritisch betrachtet werden.

**Der Vorsitzende** bedankte sich für die Erstellung der Analyse, die als Grundlage für die weitere Diskussion in den Kreisgremien diene.

Eine weitere Beratung des Themas ist im Kreisausschuss am 07.11.2022 vorgesehen.

Zu offenen Fragen aus dem Ausschuss wird auf den anliegenden Vermerk der WFG hingewiesen.

Sodann wurde die Information vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

**Herr Lieser** informierte anhand einer Präsentation über den Stand des Projektes „Coworking Spaces“ und machte deutlich, dass man bisher ein gutes Feedback von den 4 Standorten im Landkreis (Irsch, Trittenheim, Zemmer und Hermeskeil) bekommen habe.

Auf eine entsprechende Anmerkung von **Ausschussmitglied Benter** erläuterte Herr Lieser, dass man für die Vermarktung der Standorte den deutschen Begriff „Raumgewinn“ verwende.

Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage bei.

**Herr Dimmig** referierte anhand einer Präsentation über Inhalt und Zielsetzung der Projektinitiative „Education Hub“, die in Zusammenarbeit mit der WFG, dem Landkreis und dem BNT darauf abziele, Unternehmen schon frühzeitig mit im Bildungsprozess befindlichen Fachkräften in Kontakt zu bringen.

Ziel sei es, klein- und mittelständische Unternehmen in den Austausch mit künftigen Absolventen zu bringen und so zielgerichtet die Gewinnung von dringend benötigtem Fachpersonal in der Region zu unterstützen und Technikabsolventen/Hochschulabsolventen in der Region zu halten. Eingehend auf die Partner der Initiative und die durch den Edu Hub begleiteten Projekte machte Herr Dimmig deutlich, dass die Zahl der Teilnehmer auf dem Hub sowohl von Schülern/Studenten stetig steige und der Fokus zurzeit auf die Fortentwicklung der Plattform und des Netzwerkes gerichtet sei.

Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Der **Vorsitzende** bedankte sich für die spannenden Vorträge der WFG und des Edu Hub.

Anschließend wurden die Informationen vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

5. **Kreishaushalt 2023; Bereiche Kreisentwicklung, Denkmalpflege und Wirtschaft**  
**Vorlage: 0340/2022**

Auf Bitte des Vorsitzenden erläuterte **Herr Becker** unter Bezugnahme auf die Verwaltungsvorlage wesentliche Eckpunkte des Teilhaushaltes 4 (Bereich Wirtschaft) für das Haushaltsjahr 2023 und ging dabei insbesondere auf die Notwendigkeit der Ansätze für den Breitbandausbau in unterversorgten Gewerbegebieten in den Verbandsgemeinden Konz, Saarburg-Kell und Schweich, im Rahmen des 6. Förderaufrufs und bezüglich des sog. Grauen-Flecken-Programms ein. Ferner sprach er die Ansätze zur Herstellung von Radinfrastruktur (Radabstellanlagen) und die Schaffung eines potenziell autonomen KI-Robot-Systems am BNT an und begründete deren Notwendigkeit. Soweit sich bis zur Beratung des Kreishaushaltes in den zuständigen Kreisgremien noch Änderungen ergeben sollten, würde diese in die Planungen einbezogen.

**Herr Rösler** informierte über wesentliche Ansätze aus dem Teilhaushalt 11 (Bereiche Kreisentwicklung/Denkmalpflege) und begründete deren Notwendigkeit.

Sodann wurde auf Vorschlag des **Vorsitzenden** folgender Beschluss einstimmig gefasst (steht unter Vorbehalt der Beratung in den Fraktionen):

## **BESCHLUSSVORSCHLAG:**

Der Ausschuss für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Demografie empfiehlt Kreisausschuss und Kreistag, die vorgetragenen Haushaltsansätze für den Bereich „Kreisentwicklung, Denkmalpflege und Wirtschaft“ im Rahmen des Kreishaushaltes 2023 zu beschließen.

## **6. Mitteilungen und Verschiedenes** **Vorlage: 0338/2022**

### **Protokoll:**

#### Informationen zum LEADER-Programm

**Frau Strupp** erläuterte unter Bezugnahme auf die Sitzungsvorlage den Stand des LEADER-Programms in den Planungszeiträumen 2014-20 und von 2023-29. Dabei führte sie aus, dass die 3 LEADER-LAGs Mosel, Moselfranken und Erbeskopf ab dem Jahr 2023 als lokale Aktionsgruppen wieder starten könnten. Die offizielle Anerkennung stehe aber noch aus. Erst nach Anerkennung könnten die LAGs Förderaufträge starten und Mittel für Projektaufträge bereitstellen. Dies werde voraussichtlich ab Mitte 2023 der Fall sein. Eingehend auf die Handlungsfelder der LAGs und die voraussichtliche Mittelverteilung machte Frau Strupp deutlich, dass mit der Erweiterung des LAG-Gebiets Mosel um die Gemeinden Föhren und Nau-rath/Eifel nunmehr das gesamte Kreisgebiet über LEADER abgedeckt sei.

#### Informationen zum neuen INTERREG-Programm der Großregion 2021-27

**Herr Becker** informierte über das neue INTERREG-Programm der Großregion im Zeitraum von 2021-27 und ging dabei auf den Inhalt, die Zielsetzung, das Programmgebiet, die Mittelausstattung, den Fördersatz, die Fördervoraussetzungen und die Zielgruppe/potenzielle Antragsteller ein. Mit einer Genehmigung des Kooperationsprogramms sei in Kürze zu rechnen. Ein erster Projektauftrag sei für den Zeitraum vom 15.11.2022 bis 31.01.2023 vorgesehen. Weitere Projektaufträge seien für den Zeitraum von Dezember 2023 bis Januar 2024 und für die Zeit von November bis Dezember 2024 geplant. Für die Besprechung von Projektideen und die Partnersuche stehe die ADD Trier als Kontaktstelle zur Verfügung. Weitere Informationen könnten auch auf der Homepage des Programms unter [www.interreg-gr.eu](http://www.interreg-gr.eu) herunter geladen werden.

Auf eine entsprechende Anfrage des **Vorsitzenden** erläuterte Herr Becker die Mittelverteilung auf die 4 politischen Ziele des Programms (grünere Großregion = rd. 51 Mio. €; sozialere Großregion = rd. 51 Mio. €; bürger-nähere Großregion = rd. 47,6 Mio. €; bessere Governance in Bezug auf die Zusammenarbeit = rd. 20,4 Mio. €). Anträge auf Förderung seien in der Regel bei dem von den Programmpartnern eingerichteten Gemeinsamen Sekretariat einzureichen. Hierzu sollte aber der konkrete Projektauftrag ab-gewartet werden, der auf der genannten Homepage des Programms veröf-fentlicht werde. Es finde ein zweistufiges Auswahlverfahren statt. Projek-tideen könnten aber auch jetzt schon bei der Kontaktstelle der ADD einge-

reicht werden.

**Ausschussmitglied Bulitta** bat um nähere Informationen zu dem geplanten Kleinprojektfonds.

**Herr Becker** wies darauf hin, dass auch in der neuen Förderperiode ein Fonds zur Unterstützung von Kleinprojekten im Rahmen des Ziels 4 (bessere Governance in Bezug auf die Zusammenarbeit) geplant sei. Hierzu werde es einen gesonderten Förderaufruf voraussichtlich im nächsten Jahr geben, der alle wichtigen Förderkonditionen enthalte. Im Rahmen des Kleinprojektfonds könnten kleine grenzüberschreitende Maßnahmen gefördert werden, die ein viel kleineres Budget (bis ca. 30.000 €) und eine kürzere Laufzeit aufwiesen. Die Förderung liege auch deutlich über dem Fördersatz für klassische INTERREG-Projekte, in der Vergangenheit sei eine hohe Förderung von 80-90 % der förderfähigen Kosten möglich gewesen.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

**Der Vorsitzende** bat die Ausschussmitglieder die Informationen aus der heutigen Sitzung mit in die Fraktionsberatungen zu nehmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Kreisbeigeordneter Lutwin Ollinger)

(Hermann Becker)